

Zur generationen-
übergreifenden
Familienpolitik
in Nordrhein-Westfalen

Wenn das Volk schrumpft

Armin Laschet

Nordrhein-Westfalen steht als bevölkerungsreichstes Bundesland beispielhaft für eine Entwicklung, die bald ganz Deutschland ergreifen wird. Gemeint ist der demografische Wandel. Hier, an Rhein, Ruhr und Weser, lässt sich auf vergleichsweise kleinem Raum beobachten, was zwischen Rügen und Rastatt, Emden und Erzgebirge Politikern, Planern und Unternehmern zunehmend Sorgen bereitet: die rasche Alterung der Bevölkerung. Sogibtes, ähnlich wie in weiten Teilen Ostdeutschlands oder manchen Orten westdeutscher Mittelgebirge, städtische Ballungszentren, die seit Jahren schon unter der Abwanderung junger Menschen und dem dadurch verstärkten Geburtenrückgang leiden. Die Bevölkerung schwindet dahin. Exemplarisch erweist sich der Blick auf das Ruhrgebiet: Noch hat Deutschlands größter urbaner Verdichtungsraum rund sechs Millionen Einwohner. Aber der Strukturwandel wurde in der einst boomenden Industrieregion jahrzehntelang verschlafen – mit der Folge, dass immer mehr junge Menschen auf der Suche nach Arbeit ihr Glück woanders suchen. Sie fehlen nicht nur als Leistungsträger in der Wirtschaft, sondern auch als Eltern kommender Generationen.

Wohlgermerkt: Es geht nicht darum, den Menschen Angst zu machen. Die Lebensqualität hat sich im Ruhrgebiet in den vergangenen Jahrzehnten enorm verbessert. An vielen Stellen, wo früher Schloten qualmten und Fabriken die Landschaft prägten, grünt und blüht es heute. Doch wer mit offenen Augen durchs Le-

ben geht, sieht die Folgen des demografischen Wandels im Ruhrgebiet: In kaum einer anderen Region Nordrhein-Westfalens ist der Altenquotient, also der Anteil der Senioren an der Gesamtbevölkerung, höher als in den Kommunen zwischen Duisburg und Dortmund. In Mülheim an der Ruhr etwa, einer Stadt mit viel Grün und guten Lebensbedingungen für junge Familien, wird nach neuesten Berechnungen des Statistischen Landesamtes der Anteil der über Achtzigjährigen an der Gesamtbevölkerung im Jahr 2025 voraussichtlich 9,7 Prozent betragen – mehr als in jeder anderen Kommune des Landes. Insgesamt schrumpft die Bevölkerungszahl Mülheims von derzeit rund 170 000 auf 153 000 Menschen – ein Rückgang von mehr als zehn Prozent. Noch düsterer sieht es in Gelsenkirchen oder Hagen aus: An der Nord- und Südflanke des Reviers sinkt die Einwohnerzahl um 15 bis 16 Prozent. Das hat einschneidende Konsequenzen: Öffentliche Gebäude stehen leer, nicht wenige verfallen. Die Investitionen des Landes und der Kommunen, viele sind hoch verschuldet, reichen aber nicht einmal aus, den Status quo zu halten. Sie haben sich binnen zwölf Jahren nahezu halbiert – auf 3,4 Milliarden Euro im Jahr 2004. In den Schulen kommt es deshalb immer häufiger vor, dass Eltern selbst den Pinsel in die Hand nehmen und die Gebäude in Schuss bringen.

Aber noch längst nicht alle Kommunen haben erkannt, dass die Gesellschaft älter und weniger wird. Manche investieren noch immer in Neubauten – ob-

wohl klar ist, dass die Steuereinnahmen künftig zurückgehen. Zugegeben, die Versuchung ist groß, ein neues Theater oder eine schmucke Einkaufsstraße zu bauen, wichtiger wäre es jedoch, das Geld in die Sanierung bereits bestehender Einrichtungen zu stecken. Überall im Ruhrgebiet ein Ärgernis: marode Straßen. Schätzungsweise zwanzig bis dreißig Prozent müssten saniert werden. Wo aber der Fiskus nicht investiert, tun es andere auch nicht. In Essen etwa, einer der größten Städte Deutschlands, ist es der dringend renovierungsbedürftige Hauptbahnhof, der seit Jahren für Verdross in der Bürgerschaft gesorgt hat.

Generationenpolitik

Sicher, die Misere hängt nicht ausschließlich mit dem demografischen Wandel zusammen. Die Rezession, eine überbordende Verschuldung der öffentlichen Kassen und planerische Fehlleistungen haben der Region in den vergangenen Jahrzehnten ebenfalls großen Schaden zugefügt. Doch der Bevölkerungsrückgang verschlimmert die Lage zusätzlich. Nicht ohne Grund fordert der Deutsche Städte- und Gemeindebund eine neue Städtebaupolitik – nicht nur fürs Ruhrgebiet, sondern für ganz Deutschland. Ein Umdenken sei dringend notwendig angesichts der Tatsache, dass die jährliche Zahl der Geburten in Deutschland inzwischen unter 700 000 liegt. So sollten künftig die Familienpolitik von Ländern und Kommunen, die Kindererziehung und die Seniorenpolitik besser aufeinander abgestimmt und stärker mit der Gestaltung kommunaler Infrastrukturen vernetzt werden.

Genau darin sieht die christlich-liberale Landesregierung den besten Weg, dem demografischen Wandel an Rhein und Ruhr entgegenzuwirken. Nordrhein-Westfalen ist das erste Bundesland, das über ein Generationenministerium verfügt, genauer gesagt ein „Ministerium für

Generationen, Familie, Frauen und Integration“. Dies war längst überfällig. Viel zu lange wurden die Herausforderungen des demografischen Wandels nicht angenommen: „Es ist dreißig Jahre nach zwölf.“

Freilich handelt es sich um eine sehr zugespitzte Formulierung Herwig Birgs, aber es steckt viel Wahrheit darin. Gleichwohl besteht für Fatalismus kein Anlass. Es bestehen gute Chancen, den demografischen Wandel sinnvoll zu steuern. Zwar wollen wir den Menschen keinen Sand in die Augen streuen – der Geburtenrückgang wird zahlreiche negative Folgen auf die Wirtschaft, den Sozialstaat, unser Zusammenleben insgesamt haben. Doch in Nordrhein-Westfalen sind wir überzeugt: In einer Zeit, in der immer weniger Kinder geboren werden, sind der Zusammenhalt der Generationen, eine Familien- und Bildungspolitik, die sich an den Bedürfnissen der Kinder und Eltern orientiert, und das Gelingen der Integration unserer Zuwanderer für die Gesellschaft überlebenswichtig. So bündelt das Düsseldorfer Generationenministerium die Kinder- und Jugend-, Familien-, Senioren-, Frauen- und Integrationspolitik unter einem Dach mit dem Ziel, den demografischen Wandel durch eine vernetzte Politik positiv zu gestalten.

Kritiker bezeichnen diese Prioritätensetzung bisweilen als Sozialromantik. Für Ex-Kanzler Gerhard Schröder etwa war sie nicht mehr als „Gedöns“. Heute, nicht einmal ein Jahr nach der Wahlniederlage der alten Bundesregierung, ist die Generationenpolitik in aller Munde. Mit den aktuellen familienpolitischen Debatten haben sich offenbar Themen den Weg an die Oberfläche gebahnt, die die Menschen viel stärker bewegen, als von Rot-Grün angenommen wurde. Die zahlreichen Diskussionen über Elterngeld, Betreuungskosten oder Ehegattensplitting zeigen vor allem eines: Von „Gedöns-Politik“ kann keine Rede sein. Und die

enorme Intensität, mit der die Debatten geführt werden, unterstreicht: Die Bürger halten die Zukunft unseres Gemeinwesens und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft keineswegs für nebensächlich. Kurzum: Es sind die neuen sozialen Fragen, die hier gestellt werden.

Gestaltungsoptionen

Eine gewaltige Herausforderung für die Politik, zumal der Erfolg von Generationenpolitik davon abhängt, ob es gelingt, weitere Ressorts einzubinden: die Finanzpolitik etwa, die eine überbordende Verschuldung vermeiden muss, damit kommende Generationen nicht übermäßig belastet werden. Mit ins Boot müssen auch die Wohnungs- und Städtebaupolitik sowie die Schulpolitik geholt werden. Statt von „Gedöns“ zu sprechen, müsste man eher fragen, ob die Politik dieser Querschnittsaufgabe überhaupt gewachsen ist. Sie ist es – wenn die Erwartungen nicht zu hoch gesteckt werden. Dass uns der demografische Wandel in einigen Jahren mit voller Wucht treffen wird, ist sicher. Selbst wenn sich die Geburtenrate in der kurzen Zeit verdoppeln würde, hätte das kaum Auswirkungen auf das rasche Tempo der Alterung unserer Gesellschaft. Was aber kann getan werden? Einen Königsweg aus der Misere gibt es nicht. Die unterschiedlichen Interessen der Generationen geben jedoch durchaus Hinweise darauf, wie der demografische Wandel gestaltbar wird.

Nehmen wir die Frage der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit. Unumstritten ist, dass Deutschland als Hochlohnland den Wettbewerb nur „über die Köpfe“ entscheiden kann. Bildung und Wettbewerbsfähigkeit sind also zwei Seiten einer Medaille. Doch die Förderung von Begabungen und Talenten gelingt nicht immer optimal. Wir können besser werden. Zum Beispiel bei der frühkindlichen Bildung, die die Weichen für das Bildungsverhalten im späteren Leben

stellt. Oder bei der Weiterbildung. So ist bewiesen, dass die Weiterbildungsbeteiligung von Erwerbstätigen mit zunehmendem Alter abnimmt. Beschäftigte mit hohem Erfahrungswissen werden deshalb nicht selten von betrieblichen Innovationsprozessen abgekoppelt.

In Nordrhein-Westfalen investieren wir vermehrt in die Sprachförderung von Kindern mit und ohne Zuwanderungsgeschichte. Unser Ziel ist, mittel- bis langfristig die Arbeitsmarktteilnahme jener Kinder zu verbessern, die in früheren Jahren sprachliche Defizite aufweisen. Gewiss, verbesserte Sprachkenntnisse eröffnen den Kindern zunächst vor allem individuelle Chancen. Aber auch die Gesellschaft und die Wirtschaft haben ein hohes Interesse an jungen Menschen, die bereit und in der Lage sind, ihre Begabungen und Talente in unserem Land zur Entfaltung zu bringen. Ebenso sollte die systematische Bildungsbeteiligung der älteren Generationen vorangebracht werden – die schulische und universitäre Ausbildung genauso wie die Aus- und Weiterbildung von Erwerbstätigen. Denn in ihnen ruhen Potenziale, die auch im Interesse künftiger Generationen besser genutzt werden müssen. Das gilt für Deutsche genauso wie für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte.

Schauen wir auf die Situation der Familien. Politik muss dort ansetzen, wo schlechte Rahmenbedingungen junge Menschen davon abhalten, sich für Kinder zu entscheiden. Verbesserungsfähig sind etwa die Einkommensperspektiven junger Familien, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder das Wohnumfeld. Um die Entscheidung für Kinder zu erleichtern, bedarf es also finanzieller Anreize und einer verlässlichen Infrastruktur. Zugleich ist aber klar, dass eine Zentrierung der familienpolitischen Debatten auf ökonomische Aspekte zu kurz greift. Denn Ja zum Kind sagen die meisten jungen Paare im Grundsatz nicht wegen ei-

niger Euro mehr Transferzahlungen oder eines sicheren Betreuungsplatzes in der Kindertagesstätte. Wenn bei jungen Menschen nicht das grundlegende Bewusstsein herrscht, dass Kinder eine Bereicherung für das Leben darstellen, sind staatliche Bemühungen um eine demografisch wirksame Familienpolitik nur begrenzt Erfolg versprechend. Außerdem dürfen wir nicht länger jene Familien strukturell benachteiligen, die sich bewusst dafür entscheiden, die Erziehung ihrer Kinder in den ersten Lebensjahren selbst zu übernehmen. Wahlfreiheit bei der Kindererziehung darf keine leere politische Floskel sein.

Nichtstaatliche Impulse

Gleichwohl ist es zu begrüßen, dass wir jetzt eine breite familienpolitische Debatte in Deutschland führen und die familienpolitischen Leistungen auf ihre Wirksamkeit hin diskutiert werden. In Nordrhein-Westfalen arbeiten wir bereits mit der Einrichtung von Familienzentren und dem Ausbau der Betreuungsangebote für unter Dreijährige an der Verbesserung der Infrastruktur für Familien. Es darf aber nicht übersehen werden, dass der Staat zwar ein wichtiger, bei weitem jedoch nicht der einzige Akteur ist, der helfen kann, die Situation von Familien zu verbessern. Ebenso notwendig sind Impulse aus der Stadtentwicklung oder der Wirtschaft. Schließlich sind Kinder auch die Kunden von morgen. Frauen mit Kindern bilden in vielen Betrieben schon heute ein unersetzliches Fachkräftepotenzial. Deshalb macht es für die Unternehmen Sinn, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf beherzter anzugehen, Mobilitäts- und Flexibilisierungsanforderungen von der Familienwarte aus zu überdenken und mit allen Verantwortlichen an einer Verkürzung der Ausbildungszeiten zu arbeiten. Immer mehr

Betriebe, darunter auch mittelständische Unternehmen, bieten ihren Beschäftigten mit Kindern spezielle Betreuungsmöglichkeiten und flexible Arbeitszeitmodelle.

Das zeigt, dass die Familie die Keimzelle der Gesellschaft bleibt – auch wenn manche linke Ideologen es noch immer nicht wahrhaben wollen. Doch die Familie ist verwundbar. Für ihren Zusammenhalt besonders wichtig sind Kontakte zwischen den Generationen. Sie eröffnen den Menschen Zugang zu anderen Erfahrungshorizonten, anderen Einstellungen und Prägungen. Außerdem ermöglichen sie es jedem, Menschen anderer Generationen besser zu verstehen.

Jedoch sind Familienbindungen und damit der generationenübergreifende Kontakt für immer mehr Menschen nicht mehr selbstverständlich. Die Bundesregierung hat darauf mit der Einrichtung von Mehrgenerationenhäusern reagiert.

In Nordrhein-Westfalen ist es vor allem bürgerschaftliches Engagement, das die Generationenpolitik des Landes prägt: Berufserfahrene Rentnerinnen und Rentner unterstützen und begleiten zum Beispiel junge Menschen, denen der berufliche Einstieg nicht auf Anhieb gelingt. Freiwillige im Erwachsenenalter organisieren dauerhaft zusätzliche Lernangebote an Hauptschulen. Senioren bilden sich freiwillig weiter, um mit ihrem neu erworbenen Wissen Demenzerkrankte zu betreuen. Und junge Zugewanderte übernehmen Besuchs- oder Einkaufsdienste für ältere Bewohner im Stadtteil.

Dies sind nur einige Beispiele dafür, wie Zusammenhalt und Solidarität über die Generationen hinweg gestaltet werden können. An Rhein und Weser wollen wir solche Initiativen künftig stärker anerkennen und unterstützen – als Beitrag für eine zukunftsfähige Gesellschaft und als Motivation für andere.